



Informationspflicht

(bei Direkterhebung personenbezogener Daten gemäß Artikel 30 DSGVO)

Bereich Mitarbeiter

Für die Datenerhebung, Nutzung oder Verarbeitung verantwortliche Stelle

Träger:

Jugend- Werk Pöhl
Vorstandsvorsitzender: Herr Stefan Meyer
Straße der Völkerfreundschaft 4-5
08543 Pöhl OT Jocketa

Telefon: 037439-45670
Email: post@jwp-ev.de
Homepage: www.jwp-ev.de

Einrichtung:

Jugendzentrum Jocketa
Geschäftsführung: Frau Cornelia Heidrich
Straße der Völkerfreundschaft 4-5
08543 Pöhl OT Jocketa

Telefonnummer: 037439-456713
E-Mail: heidrich@jugendzentrum-jocketa.de
Homepage: www.jugendzentrum-jocketa.de

Datenschutzbeauftragter:

Jugendzentrum Jocketa
Herr Dirk Törppe
Windmühlenweg 3
08606 Oelsnitz

Telefon: 0162-3048675
E-Mail: datenschutz@jugendzentrum-jocketa.de

Personenbezogene Daten werden zu folgendem Zweck verarbeitet:

Es werden Daten verarbeitet, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich sind. Das sind vor allem Kontaktdaten, Daten zu Qualifikationen, Arbeitszeiten und alle Informationen, die für die Ermittlung und Abrechnung Ihres Gehaltes im Zusammenhang mit gesetzlichen Abgaben und Steuern erforderlich sind. Hinzu kommen ggf. Daten aus dem Bereich der Arbeitssicherheit, dem betrieblichen Eingliederungsmanagement und Daten über arbeitsvertragliche Pflichtverletzungen, die geahndet wurden. Schließlich kommen auch noch Informationen über Ihre Arbeitsergebnisse sowie deren Bewertung hinzu, die z.B. für die Erstellung von Beurteilungen benötigt werden.



Sollten Sie eine von uns angebotene betriebliche Altersvorsorge nutzen, werden auch in diesem Bereich Daten verarbeitet und im Rahmen der Erforderlichkeit an die Versicherer weitergegeben. Unabhängig davon kann es immer Konstellationen geben, in denen wir personengebunden Daten von Ihnen verarbeiten, die hier nicht bzw. deren Zweck hier nicht genannt sind. Wir werden in diesen Fällen - bezogen auf den jeweiligen Anlass - gesonderte Informationen für den Datenschutz für Sie bereithalten, sofern sie gesetzlich erforderlich sind.

Personenbezogene Daten, die erhoben werden sind:

Name, Adresse, Geburtsdatum, Versicherungsnummer, Bankverbindung, SV-Nummer, Krankenkassenmitgliedschaft, Angaben zu Kinderfreibeträgen, Steuer-Identifikationsnummer, Zeugnisse, Qualifikationsnachweise, Führungszeugnis, Gesundheitszeugnisse, Nebentätigkeiten, Führerschein, Lohnpändungen, Beurteilungen, Telefonnummer*, Schwerbehindertenausweis*

*Angaben freiwillig

An welche Empfänger werden Daten weitergegeben?

Innerhalb der Einrichtung kommt eine Weitergabe Ihrer Personenbezogenen Daten in Betracht, wenn Ihnen in der Einrichtung eine zusätzliche Aufgabe übertragen wird oder Sie in einem anderen Bereich eingesetzt werden sollen.

Außerdem erfolgt eine Weitergabe von Daten an Sozialversicherungsträger, Finanzverwaltung und ggf. weitere Stellen, soweit wir gesetzlich dazu verpflichtet sind.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern denen Daten mitgeteilt werden können:

Krankenkasse, Pensionskasse, Unfallkasse, Direktversicherer, betrieblicher Arbeitsschutz, BGW, Landesjugendamt, Versicherer, Agentur für Arbeit, Jugendamt, Sozialamt, Netzwerkpartner, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer

Rechtliche Grundlage:

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Beschäftigungsdaten ist primär § 26 BDSG. Danach ist die Verarbeitung der Daten zulässig, wenn dies zur Durchführung oder Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses oder zur Ausübung oder Erfüllung der sich aus einem Gesetz oder einem Tarifvertrag, einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung ergebenden Rechte und Pflichten der Interessenvertretung der Beschäftigten erforderlich ist.



Unabhängig davon kann eine Datenverarbeitung auch auf Basis einer sog. Interessenabwägung nach Art. 6 Abs.1lit.f) DSGVO erfolgen. In diesen Fällen wird das Interesse im Zusammenhang mit der jeweiligen Verarbeitung gesondert mitgeteilt.

Wir können auch gesetzlich verpflichtet sein, personengebundene Daten zu verarbeiten. Die Rechtsgrundlage kann dann neben §26 BDSG auch Art.6 Abs.1lit.c) DSGVO sein.

Wie lange werden die Daten gespeichert?

Grundsätzlich werden personenbezogene Daten von Beschäftigten für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses gespeichert. Sonderregelungen kann es in den einzelnen Bereichen geben. So werden z.B. Abmahnungen in Personalakten ggf. kürzer gespeichert.

Soweit gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen, sind diese von uns zu berücksichtigen. So gibt es beispielsweise gesetzliche Aufbewahrungsfristen für Lohnsteuerdaten, Daten zu Überstunden und weitere bereichsspezifische Regelungen.

Soweit keine gesetzliche Aufbewahrungsfristen bestehen, können personenbezogene Daten gelöscht werden, wenn deren weitere Verarbeitung für die Durchführung oder Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses nicht mehr erforderlich sind.

Nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses werden Daten bis zur Verjährung etwaiger Schadensersatzansprüche jeder Partei gespeichert.

Wir werden generell zum Ende eines Jahres prüfen, ob und in welchem Umfang Daten von Beschäftigten wegen eines Wegfalls der Erforderlichkeit gelöscht werden können.

Regelfristen für die Löschung von Daten:

Lohnunterlagen 10 Jahre, Sozialversicherungsnachweise 6 Jahre,
Personalunterlagen 3Jahre, Krankmeldungen 5Jahre

Alle anderen Daten werden nach Beendigung des Vertrages gelöscht.

Betroffenenrechte nach Artikel 15-21 DSGVO:

Sie haben das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung sowie auf Widerspruch gegen die Verarbeitung und die Datenübertragung.



Die Betroffenen haben das Recht der Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Landesbeauftragter für Datenschutz:

Sächsischer Datenschutzbeauftragter
Postfach 110132
01330 Dresden

Telefon: 0351/85471 101
Telefax: 0351/85471 109
Internet: www.datenschutz.sachsen.de
Email: saechsdsb@slt.sachsen.de

Kein Zugang für elektronisch signierte Dokumente!

Hinweispflicht:

Die Bereitstellung der erforderlichen Daten ergibt sich aus den gesetzlichen Verpflichtungen des Jugend-Werk Pöhl bzw. ist zwingend notwendig zur Erfüllung des Vertrages. Bei Nichtbereitstellung der erforderlichen Daten kann das Vertragsverhältnis nicht abgeschlossen werden.